

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.17 Uhr
Ende: 14.20 Uhr

1) Öffnungszeiten Kinderbetreuung

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Teddy, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte ZuhörerInnen auf der Galerie! Graz zählte 2011 zu den kinderreichsten Städten im deutschsprachigen Raum. 2010 war ein besonders starkes Jahr, 2.446 Kinder wurden in Graz geboren. In Österreich besuchen rund 40.000 unter Dreijährige eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten. Um 12.000 mehr als vor drei Jahren. Die Betreuungsquote liegt bei 17 % und ist damit um 5%-Punkte gestiegen. Das sogenannte Barcelonaziel der EU mit 33 % ist aber nicht einmal zur Hälfte erfüllt. Wien weist bei den unter Dreijährigen die höchste Betreuungsquote auf. Die Steiermark mit knapp 9 % die niedrigste. Eine Studie hat nun die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige in den Städten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Österreichs analysiert. Die Stadt Graz ist hier im Vergleich mit den Landeshauptstädten Linz, Salzburg und Innsbruck im Schlussfeld zu finden. So lag laut Studie im Jahre 2011 in Graz der Anteil der Kinder in der Kinderkrippe, die mindestens 50 Wochen diese Kinderkrippe besuchten, bei nur 30,6 %. Im Vergleich dazu lag in Linz der Anteil bei 86 % und in Salzburg bei 59 %. In Innsbruck ist er bei 52 % gelegen.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens der Sozialdemokratischen Fraktion folgende

Frage:

Wie erklärst du dir die österreichweite Berichterstattung, dass Graz im Städtevergleich Schlusslicht bei den Öffnungszeiten in der Kinderbetreuung ist?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Diese österreichweite, eigentlich unerfreuliche Berichterstattung ist nur durch zumindest zwei Umstände zu erklären. Einerseits eine sehr eigenwillige, wenn nicht sogar ein bisschen geschönte Aufbereitung der Zahlen der Stadt Linz, zum anderen eine nicht stattgefunden oder unzureichende Recherche der Medien, die diese Geschichte veröffentlicht haben. Faktum ist nämlich, würden wir diesen Zahlen folgen, wie sie Linz präsentiert hat, würden wir in diesem Vergleich, und das sage ich jetzt unter Vorbehalt, weil die Zahlen, die hier verwendet wurden, sind für keinen Insider auch nur annähernd nachvollziehbar, aber würden wir diesen Zahlen folgen, würden sie sogar mit 90 % an erster Stelle der genannten Städte liegen und nicht an letzter Stelle. Der Magistrat Linz hat nach Rückfrage unserer Abteilung, dem Amt für Jugend und Familie, sich entschuldigt und eingestanden, hier mit nicht korrekten Zahlen operiert zu haben. Also ich kann hier ganz deutlich Entwarnung geben, Graz ist bei Gott nicht Schlusslicht, Graz ist eigentlich Spitzenreiter unter den verglichenen Städten und wir haben in Graz, auch wenn die Steiermark hier nachhinkt, einen Topversorgungsgrad auch bei den Null bis Dreijährigen, nämlich 31 %, und wichtiger noch als Prozente ist der Umstand, dass jedes Kind in Graz in dieser Altersgruppe auch tatsächlich einen Betreuungsplatz hat, wenn es ihn braucht (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel:** Danke für deine Ausführungen, ich glaube, niemand in diesem Gemeinderat wäre froh, wenn das tatsächlich stimmen würde und schon gar nicht die Eltern und die Kinder. Aber Faktum ist, Barcelona, das Barcelona-Ziel ist in Graz noch nicht erfüllt, Fakt 2 ist, dass die Jahresöffnungszeiten einen ganz wesentlichen Beitrag

zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz wesentlich sind und Fakt 3 ist, dass die Tagesöffnungszeiten auch ganz wesentlich sind für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und dass hier absolut den Erfordernissen in der Berufswelt entsprochen werden sollte. Ich weiß, es gibt natürlich gesetzliche Vorgaben, aber es gibt auch Beispiele wie Betriebskindergärten und das sollte man wirklich auch annehmen und ausdehnen. Deshalb die Zusatzfrage: Welche konkrete Maßnahmen werden von dir gesetzt, um auch die Tagesöffnungszeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen mehr an den Bedürfnissen und Berufsrealitäten von Familien anzupassen und mehr Flexibilität zu ermöglichen (*Applaus SPÖ*)?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also zunächst noch ein Satz zu den Barcelona-Zielen. Das sind Zieleempfehlungen der EU, die natürlich verfolgenswert erscheinen, weil sie ja auch eine Grundlage haben werden, nämlich zu sagen, zum Beispiel alle Null- bis Dreijährigen geht man davon aus, jedes dritte Kind wird einen Platz brauchen. Ich wiederhole, wir haben bereits 31 % und mir ist es eigentlich sehr, sehr wichtig, zumindest diesen Status zu halten und da werden wir uns auch anstrengen müssen, weil Graz wächst, aber ob ich 31, 33, 35 % habe, ist eine zweite Frage, ob das wichtig ist. Wichtig ist, dass jedes Kind einen Platz hat und das haben wir gemeinsam als Stadt Graz mit der Zustimmung des Gemeinderates in diesen letzten vier, jetzt bald fünf, Jahren erreicht. Das ist nicht schicksalhaft passiert, da wurden ungefähr 18 Millionen Euro in die Hand genommen seitens der Stadt Graz, um eigene Einrichtungen auszubauen, aber auch um Einrichtungen der Kirche oder privater Träger zu unterstützen, dass sie gebaut haben. Das ist ein Faktum und ich orientiere mich jetzt nicht ausschließlich an Prozenten, die empfohlen werden von der EU, sondern an dem tatsächlichen Bedarf, den die Grazer Väter und Mütter in dieser Stadt haben, zu Punkt eins (*Applaus ÖVP*). Zweitens, das bedarfsgerechte Angebot richten wir danach, indem wir vor Beginn eines jeden Betreuungsjahres bei den Eltern nachfragen, was haben sie für einen Bedarf und das ist für mich die einzige

entscheidende Frage und danach richten wir unsere Öffnungszeiten. Im normalen Jahresbetrieb, wie auch im Saisonbetrieb im Sommer, und du wirst mir zustimmen, wir werden nicht Einrichtungen aufsperrn und vielleicht sogar zehn Stunden aufsperrn, wenn kein Bedarf da ist. Das heißt, ich glaube, alles was wir hier gemeinsam tun können, ist den Bedarf erheben und bedarfsgerecht Angebote schaffen und in Zukunft auch noch flexiblere Angebote schaffen, wie ich es jetzt auch angekündigt habe und wir auch Gespräche aufgenommen haben, das ist, glaube ich der richtige Weg, den die Stadt Graz gehen sollte (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

2) Fehlende Widmung von Betriebsflächen

GR. **Schneider** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Stadtregierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren! Leider kam es im heurigen Jahr zur bescheidmäßigen Schließung eines Lokales in Graz, das hat nicht nur für großes Bedauern, sondern auch sehr großen Ärger bei hunderten von Leuten, die dort gerne hingegangen sind, ausgelöst und hat natürlich die Betreiber dieses Lokals und Betreiberinnen auch vor wirtschaftliche, persönliche Probleme gestellt. Grund für die Schließung war eine Nichtübereinstimmung von Widmung und entsprechender Betriebsanlagengenehmigung, deswegen folgende

F r a g e

an Sie, Herr Bürgermeister: Was gedenken Sie zu tun, damit künftig verhindert wird, dass die Bau- und Anlagenbehörde weiteren Betrieben Betriebsanlagengenehmigungen erteilt, obwohl die einschlägige Widmung der Betriebsflächen fehlt und damit die betroffenen Grazer Betriebe in ihrer Existenz bedroht werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Weil Sie einen speziellen Fall angesprochen haben, werde ich auf den auch gerne eingehen, bevor ich dann die generellen neuen Überlegungen auch von Seiten der Behörde kundtun werde. In diesem einen speziellen Fall hat die Vermieterin über Jahre hinweg eine Vermietung zugelassen, und wenn ich so sagen darf, darauf „vergessen“, sich die Genehmigung dafür zu holen. Wenn dann es zu einem Betriebswechsel kommt und der neue Betreiber guten Glaubens dort auch Mieter oder Pächter wird oder Pächterin wird, dann ist nicht die Behörde, wenn ich so sagen darf, zur Verantwortung zu ziehen, und auch die Streitigkeiten müssten sich jetzt zwischen der Hausfrau und dem Lokal abspielen privatrechtlicher Natur, die Stadt Graz versucht natürlich immer wieder, in jedem Haus Nachschau zu halten, ob es irgendeine Veränderung gibt, das tun wir auch, in dem Fall ist das aber anscheinend auch nicht gesehen worden. Aber ich sage noch einmal, Schuld an der ganzen Geschichte ist, dass jemand in seinem Haus seine Flächen, die er hat, nicht widmungsgemäß verwendet und jemanden hineinlässt, dann kam es zu den Problemen, weil die Stadt Graz einmal nach dem Rechten gesehen hat, als der neue Pächter einmal seine Bescheide sehen wollte. Wir haben aber eine Neuorganisation in der Bau- und Anlagenbehörde, die wurde von unserer ehemaligen Gemeinderatskollegin und jetzigen Amtsleiterin, die auch hier ist, Mag.^a Verena Ennemoser, ins Leben gerufen, sie hat folgende Vorgangsweise bei gewerberechtlichen Betriebsanlageverfahren festgelegt, um die die Einhaltung der Widmung bei Betriebsanlageverfahren sicherzustellen. Erstens, bei größeren Bauprojekten wird von den jeweiligen Referenten, sprich Baureferat und

Betriebsanlagen, wie folgt vorgegangen: Es werden von den zuständigen Referenten der beiden Referate Vorbereitungen und sämtliche Besprechungen mit den Verfahrensparteien gemeinsam gemacht. Die Bauverhandlung und die gewerberechtliche Verhandlung werden an einem Tag und zeitlich hintereinander anberaumt, dies hat den Vorteil, dass der Bauwerber und alle am Verfahren Beteiligten an einem Tag die Verhandlungen haben. Ebenso wird darauf geachtet, dass die Bescheidausfertigung zeitnah beziehungsweise zeitgleich erfolgt. So bereits durchgeführt jetzt bei einem Großbetrieb im Grazer Südwesten, Bewilligungen wurden innerhalb von sechs Wochen erteilt. Des Weiteren, bei Bewilligungen im gastgewerblichen Bereich erfolgt vom Gastgewerbereferat beim jeweiligen Bearbeiter des Baureferates eine Überprüfung, ob eine Baubewilligung vorliegt. Das ist nämlich der wesentlichste Punkt in dieser Causa gewesen. Grundsätzlich werden in der Bau- und Anlagenbehörde nach dem derzeitigen Organisationskonzept noch keine echten konzentrierten Verfahren im Sinne der Gewerbeordnung durchgeführt. Durch ein einheitliches (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) EDV-System, welches jetzt schon beauftragt ist, wird die Umsetzung der Koordination in den beiden Bereichen noch einfacher, da dann jeder Bearbeiter gleich auf den Akt zugreifen kann. Aber in diesem Fall hat es uns allen leid getan, dass ein Unternehmen, wenn ich so sagen darf, hier eingezogen ist und gar nicht wusste, dass die Bewilligungen nicht vorliegen.

GR. **Schneider:** Also es freut mich zu hören, dass das in Zukunft anders organisiert wird. Als Zusatzfrage vielleicht, Herr Bürgermeister, werden Sie sich auch dafür einsetzen, dass bei jetzt bestehenden Fällen, wo es so einen Widmungsmangel gibt, womöglich gibt es ja noch mehr, dass dort auch die Behebung dieses Problems in einem schnellen Verfahren abgewickelt wird beziehungsweise auch, dass, was ja auch ein bisschen ein Problem war, dass die Zeit einem gesagt wird, solange wird das dauern, dass man sich da darauf verlassen kann auf diese Auskunft.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also wenn wir davon Kenntnis bekommen, dann handeln wir und zwar relativ rasch. Wir haben davon Kenntnis erlangt in dem einen speziellen Fall, weil ja die Anrainerinnen und Anrainer, wenn ich so sagen darf, Einspruch erhoben haben und dadurch sind wir aufmerksam gemacht worden. Es ist aber die Pflicht unserer Unternehmerinnen und Unternehmer, auch zu prüfen, ob sie in dem jeweiligen Haus, in das sie sich einmieten, auch ihr Gewerbe ausüben können und ob alle baurechtlichen Genehmigungen vorliegen. Selbstverständlich werden wir dann schnell agieren, wie wir das immer getan haben. Jetzt haben wir, künftig zumindest, was Neubauten anbelangt, eine sehr rasche und neue koordinierte Vorgangsweise schon durch die neue Amtsleiterin festlegen lassen (*Applaus ÖVP*).

3) Stadtbildverschandelung durch Gratiszeitungen und Prospekte – Meldungen der GPS bzw. Anzeigen der Holding

GR.ⁱⁿ **Schloffer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Schloffer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, schönen Nachmittag, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte heute ein altbekanntes Thema meinerseits noch einmal aufgreifen, da es für mich noch immer ein Problem darstellt und ich möchte gerne ein bisschen eine Rückschau halten, wie das zustande gekommen ist. Am 12. Mai 2011 stellte ich hier einen dringlichen Antrag, der mehrheitlich angenommen wurde, mit folgendem Antragstext:

Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen, auf die Zeitungs- und Prospektverteilungsfirmen einzuwirken, damit die Ablagerung von Gratiszeitungen im Freien vor Haus- und Geschäftseingängen abgestellt wird.

Am 9. November darauf war in der schriftlichen Beantwortung zu lesen: „Es wurde seitens des Straßenamtes mit der Ordnungswache Graz, dem Grazer Parkraumservice

und der Holding Graz Service-Straße vereinbart, dass derartige Verunreinigungen bei der Holding zu melden sind. Es erfolgt eine Beseitigung der Verunreinigung, in der Folge die Kostenverrechnung. Außerdem wird Anzeige erstattet.“ Umständlicher geht es wirklich nicht mehr.

Am 19. Jänner 2012 stellte ich wiederum einen Antrag, die zuletzt geschilderten Maßnahmen zurückzunehmen und den beschlossenen Dringlichkeitsantrag laut Antragstext zu behandeln. Doch auf diesen Antrag bekam ich bis heute keine Antwort.

Deshalb richte ich namens der KPÖ an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Wie viele Meldungen über Gehsteigverschmutzungen durch Gratiszeitungen und Prospekte gab es bis heute durch die Ordnungswache (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Wie entsprechende Erhebungen ergeben haben, war seitens der Ordnungswache Graz eine Anzeige wegen Verunreinigung durch Gratis-Zeitungen im öffentlichen Raum bisher nicht erforderlich. Auch von anderer Seite wurden keine derartigen Beschwerden jetzt an die Holding Graz Service Stadtraum herangetragen. Selbstverständlich wird diese Problematik im Sinne der Gemeinderatsanfragebeantwortung vom 9. auch weiterhin, also am 9. November 2011, auch weiterhin im Rahmen der Streifentätigkeit der Ordnungswache verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Nicht übersehen werden darf dabei aber, dass es sich bei Haus- und Geschäftseingängen meistens um Privateigentum handelt und dementsprechende Einschränkungen beim Tätigwerden der Ordnungswache zu beachten sind. Darüber hinaus hat die Ordnungswache, ich

sage das sehr deutlich dazu, weil da kann die Ordnungswache nichts dagegen tun, wenn das im Hauseingang oder im Haus auf dem Portal liegt. Darüber hinaus war die Ordnungswache auch aufgrund ihrer geringen Besetzung sonntags nicht im Einsatz, und das ist jener Tag, an dem gewisse Zeitungen auch immer wieder Ihren Groll und Ärger hervorgerufen haben. Jetzt sage ich aber auch dazu, wir haben anlässlich der ersten Anfrage von Ihnen damals auch die Verlage zu uns gebeten und sie auch ersucht, dass sie künftig die Zeitungen, wenn möglich, heften, das ist beim Grazer, der, glaube ich, auch am Sonntag erscheint, jetzt auch der Fall, weil früher war es eine lose Blattsammlung und beim ersten Windstoß sind alle Zeitungsteile durch die Gegend geflogen, also diesen einen Vorteil haben wir schon zustande gebracht, die Ordnungswache wird das überprüfen. Sonntags sind sie aber nicht im Einsatz und daher gab es bislang auch kein einziges Vorgehen der Ordnungswache (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Schloffer**: Mich freut es, Herr Bürgermeister, dass Sie auch diese Wahrnehmungen haben, dass die Papierfetzen nach wie vor durch die Gegend herumfliegen. Vor allem an windigen Sonntagen, und das war ja das, das war mir ja bewusst, dass sonntags kein Parkservice, keine Ordnungswache, niemand durch die Gegend geht, wer wird denn da eine Meldung machen können, weil am Montag, wenn die dann gehen, sind die Zeitungen eh schon alle futsch und irgendwo liegen sie dann herum. Also wen wollen sie dann zur Verantwortung ziehen? Darum sage ich ja, diese Maßnahmen sind für mich ein Kuddelmuddel, die nichts bringen und nicht greifen werden, daher gab es auch noch keine Meldungen bis jetzt. Aber nach wie vor gibt es die Probleme. Mich hätte natürlich auch interessiert, Sie sind ja nur für die Ordnungswache zuständig, vom Grazer Parkraumservice und vom Straßenservice, wie viele Meldungen da eingegangen sind, aber dafür sind Sie nicht zuständig, daher können Sie mir auch keine Antwort geben, sondern nur von der Ordnungswache oder? Das war aber nicht die Zusatzfrage, wenn Sie es wissen, bitte sagen Sie mir es, weil das hätte mich auch interessiert, aber das darf ich ja nicht fragen, weil Sie ja

nicht zuständig sind (*Applaus KPÖ*). Es ist leider das Haus Graz so umständlich, da musst drei Leute fragen, wenn du eine Antwort haben willst und wer ist dann zuständig, es ist so. Ja aber es soll alles besser werden, durch die Umstrukturierung wird ja alles besser, haben wir gehört und gesehen. Herr Bürgermeister, ich habe trotzdem eine konkrete Frage jetzt, das war nur jetzt einfach so. Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, die jetzigen Maßnahmen zurückzunehmen und den Antragstext laut meines dringlichen Antrages zu behandeln? Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Schloffer, Sie dürfen mich wirklich fragen, vor allem wenn es um die Zeitungen von Graz geht. Das, was wir jetzt neu machen werden, ist ja, dass wir die Ordnungswache verstärkt aufstellen, dann wird...

Zwischenruf GR.in Schloffer unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, das wird am Wochenende dann genauso möglich sein. Aber solange Gratiszeitungen in der Stadt verteilt werden, auch zum Großteil vor den Geschäften verteilt werden, sprich: also auch in den Geschäftseingängen werden wir dieses Problem haben. Man kann noch einmal mit den Medien reden, aber es wird nicht viel wahrscheinlich mehr bringen als das, was wir schon zustande gebracht haben. Diese Stellungnahme, die ich Ihnen vorgelesen habe, kam ja von der Holding und die haben de facto keine Beschwerden mehr bekommen, wahrscheinlich haben schon viele den Glauben daran verloren, dass sich da was verbessern wird. Ordnungswache kann es sich anschauen, wir werden auch verstärkt wieder reinigen müssen, wir sind jetzt immer mehr Menschen in Graz, wir müssen auch darüber

wieder nachdenken, wie wir auch an speziellen Tagen, nach speziellen Festen, vor allem wenn es so schön ist im Stadtpark, das war eh das ganze Jahr über so, die Müllzunahme auch im vergangenen Jahr, die die Grazerinnen und Grazer fallen haben lassen, ist wieder enorm gestiegen, das sind leider auch Realitäten und Fakten, das müssen wir alles so hinnehmen und wir werden hoffentlich mit einem verstärkten Reinigungseinsatz darauf reagieren. Die Ordnungswache wird sich das sonntags auch anschauen, sobald sie im Mai dann verstärkt ist (*Applaus ÖVP*).

4) Informationsoffensive der Stadt Graz und der Holding Graz. Darstellung der Ausgaben

GR. **Hötzl** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgend Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Stadtsenatssitzung vom 2. März wurde mit den Stimmen der ÖVP und den Grünen, die gesamte Opposition hat dagegengestimmt, die Durchführung einer Informations-, Service- und Vertriebsoffensive der Stadt Graz beschlossen. Grundintention dieser Offensive war es (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), vor allem die Leistungen der Stadt Graz sowie der Holding Graz sichtbar und bekannt zu machen. Der Fokus der so beschlossenen Offensive sollte im Jahr 2012 auf klassischen Insertionen liegen. Begleitende Außenwerbung durch Plakate sollte als Image- und Vertriebsverstärker genutzt werden.

Im Bericht an den Stadtsenat vom 16. 2. wird der Punkt „Kosten“ wie folgt formuliert:

Konkret stehen für diese Offensive seitens der Stadt Graz derzeit 355.000 Euro zur Verfügung, wobei weitere 145.000 Euro vom Finanzreferenten bis zum Sommer 2012 in Aussicht gestellt wurden. Geplant ist, dass die Holding Graz ebenfalls den Betrag

von 500.000 Euro für diese Offensive verwenden soll. Also 500.000 Euro Stadt, 500.000 Euro Holding, die ja auch der Stadt gehört, insgesamt somit eine Million Euro.

Grundsätzlich soll die Verwendung der Mittel wie folgt aufgeteilt werden:

100.000 Euro in Umsetzungskosten, Agenturkosten, Fotos, Contenterstellung, Projekt- und Schnittstellenmanagement. 540.000 Euro in Print, klassische Insertionen, PR-Schaltungen und unsere eigene Zeitung BIG und weitere 360.000 Euro oder die verbleibenden 360.000 Euro in Außenwerbung, wie Plakate, Web-Auftritt, Kinospots, Videowall, Fernsehen und Radio.

Weiters steht in dem Bericht: Eine exakte Aufteilung beziehungsweise Verwendung der vorgesehenen Mittel kann erst nach dem Vorliegen aller Angebote aufgestellt werden und kann sich auf Grund jetzt noch nicht abschätzbarer Umstände ändern. Soweit der Bericht.

Eben diese exakte Aufteilung beziehungsweise Verwendung der Mittel ist für die FPÖ, die sich im März 2012 aus wohlbekanntem Gründen gegen diese Offensive aussprach, wie auch die gesamte restliche Opposition, jedoch von Bedeutung.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

F r a g e :

An welche Vertragspartner und in welcher finanziellen Dimension wurden resultierend aus oben genanntem Stadtsenatsbeschluss tatsächlich Aufträge erteilt (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Stadt Graz hat diesen Beschluss gefasst, weil es a) darum geht, verstärkt Standortmarketing zu betreiben, was im Übrigen erst bei der letzten gemeinsamen Diskussion auch in der Wirtschaftskammer stark gefordert wurde, und darüber hinaus auch Aufklärungsarbeit zu leisten über die Leistungen der Stadt Graz, die sie gegenüber den Bürgern erbringen. Die Offensive hat am 1. Juli 2012 gestartet, die Kosten dafür werden jeweils zu 50 % von der Stadt Graz, zu 50 % von der Holding getragen. Mit 16. Oktober wurden folgende Aufträge von der Stadt Graz bedeckt. Umsetzungskosten waren 49.000 Euro netto, das gilt Agentur, Foto und alles, was da gebraucht wird. Zweitens im Print-Bereich 57.750 Euro an den Verlag Styria, 42.000 Euro an die Mediaprint, 31.500 Euro an die Woche, 32.689 Euro an diverse weitere Medien, Außenwerbung waren der Ankünder mit Plakaten und City light im Wert von 27.255,98 Euro und das Stadt-Graz-Magazin in Steiermark1 mit 32.295 Euro, sodass wir derzeit gesamt aus der Sicht der Stadt Graz 272.490,10 Euro aufgewendet haben. Der entsprechende zweite Teil ist bei der Holding angesiedelt und dort, werden Sie auch gemerkt haben, das läuft ja parallel werden Sie gemerkt haben, dass unsere Leistungen vor allem im Bereich Freizeit und Sport sprich, Bewerbung der Auster und unseres Ausflugsziels Naherholungsgebiet Schöckl, verwendet wurde. Darüber hinaus im Speziellen für den Verkehrsbereich, aber Sie werden sicherlich auch die Werbeplakate gesehen haben, wo wir vor allem die Leistungen auch des Reinigungsbereiches hervorgehoben haben. Also wenn Sie es zusammenrechnen, sind 272.490 Euro mal zwei bis jetzt ausgegeben worden.

GR. **Hötzl**: Rund oder ein bisschen mehr als die Hälfte wurde bereits ausgegeben. Wie schaut es mit dem Rest aus, wird die Million ausgeschöpft, wird sie vielleicht aufgestockt werden müssen, wie schaut der weitere Fahrplan hier aus und gibt es einen messbaren Erfolg bereits, gibt es Ergebnisse sozusagen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sie wissen, wir versuchen sehr genau unsere Budgets einzuhalten, das gilt auch für das heurige Jahr. Welche Ausgaben jetzt noch bis Dezember getätigt werden, kann ich Ihnen nicht sagen, aber Sie werden auf alle Fälle im Rahmen der genehmigten Budgets bleiben. Beworben wurden bisher folgende Leistungen: Es waren die Ferienkurse des Sportamtes, der Bereiche sanfte Mobilität, der Kulturbereich, die Bibliotheken, die Zentralküche, das Thema Wohnen, Schloßberg, die Nahverkehrsdrehscheibe und die GGZ-Seniorenbereiche. Das sind die zehn Bereiche, wo wir von Seiten der Stadt Graz quasi Bewerbungen gemacht haben und wenn dieses Jahr um ist, glaube ich, sollten wir einmal das Ergebnis anschauen und nachher einmal schauen, was es gebracht hat (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

5) Wahrnehmung der Kontrolle der Gewerbegebarung wie auch der Lebensmittelaufsicht auf den sogenannten Grazer „Flohmärkten“

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg! Wir haben ja in Graz bestehende Bauernmärkte, für die wir heuer ja auch eine neue Marktordnung abgeschlossen haben. Darüber hinaus gibt es aber auch sogenannte Flohmärkte in diversen Bezirken in Graz, unter anderem auch einen ganz großen Markt in Graz Puntigam beim Cineplex-Kino, wo von diversen Händlern, muss man das schon bezeichnen, großteils aus dem Ausland, aus dem nahen Slowenien, teilweise auch aus Ungarn Lebensmittel angeboten werden, die nicht nur hinsichtlich der Lebensmittelaufsicht für einen Benutzer oder für den Kunden bedenklich

erscheinen, wenn unter glühender Hitze Fleisch einfach offen verkauft wird zum Beispiel, sondern auch hinsichtlich der Gewerbeaufsicht die Frage zu stellen ist, ob diese Händler, die sozusagen in der Früh im Morgengrauen einschwirren, hier ihre Waren verkaufen und zu Mittag wieder abreisen, ob hier wirklich alle Auflagen, die heimische Händler oder heimische Bauern zu erfüllen haben, wirklich eingehalten werden, weil es hier ja auch um den Gleichheitsgrundsatz gilt, dass alle unter den gleichen rechtlichen Bedingungen arbeiten.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Warum haben die in der Stadt Graz für Gewerbeaufsicht vorgesehenen Stellen solchen Umtrieben von gewerblich Agierenden – insbesondere zum Verkauf von Nahrungsmitteln aus dem EU-Ausland – auf den Grazer Flohmärkten noch nicht ausreichend Einhalt geboten und wie können damit verbundene Ausfälle von Einnahmen für die Grazer Stadtkasse und einhergehende Inverkehrbringung von zumindest bedenklicher Ware verantwortet werden? Bitte um Antwort.

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Es ist richtig, dass wir jetzt ja schon ein gutes Jahr neue Richtlinien für die landwirtschaftlichen ProduzentInnenmärkte in Graz haben, dadurch gewährleistet ist, dass die Grazerinnen und Grazer, aber auch Touristen, die die Stadt besuchen, nahezu täglich mit frischen Waren aus heimischer Landwirtschaft versorgt werden können. Dieser Vorgang wird seitens des Referates für Marktwesen auch ganz klar kontrolliert, täglich kontrolliert hinsichtlich Herkunft der Waren, hinsichtlich Qualität der Waren und ich kann, denke ich, reinen Gewissens sagen, dass hier die Kontrollen so ausgestaltet sind, dass diese Sicherheit für die Grazerinnen und Grazer zweifellos

gegeben ist. Die von dir angesprochenen Flohmärkte und die von dir so zitierten gewerblichen Importeure und Händler aus dem EU-Raum fallen nicht unter diese Richtlinie, unter die Richtlinie der Bauernmärkte, wie wir früher eben gesagt haben. Und ich darf in dem Zusammenhang auch festhalten, dass diese Gefahr, die so heraufgeschworen wurde rund um diese neuen Richtlinien für unsere Bauernmärkte, dass jetzt unsere Märkte von EU-Bauern überschwemmt werden aufgrund dieser Liberalisierung, die einfach notwendig war, das ist alles nicht eingetreten, es hat eine einzige Anfrage vor über einem Jahr gegeben aus Ungarn, wenn ich mich richtig erinnere, aber nie einen Antrag. Also die Gefahr, die manche sehen wollten, herbeigeredet haben, die ist nicht Wahrheit geworden. Ja und auf diesen Flohmärkten ist eben diese Richtlinie nicht anzuwenden, hier prüft das Referat Marktwesen im Rahmen der Gewerbekontrolle stichprobenartig und auf Anfrage gemeinsam mit der Polizei, gemeinsam mit der KIAB, das ist die Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung und der Finanzen, und das Referat Marktwesen kontrolliert dabei die Gewerbeberechtigungen der Marktteilnehmer. Für Lebensmittelkontrolle und Hygiene ist das Gesundheitsamt zuständig, also zum wiederholten Male wird eine Frage an mich gerichtet, für die ich eigentlich nicht zuständig bin. Aber wie gesagt, die Richtlinien für die Bauernmärkte werden streng kontrolliert und auch eingehalten, die Richtlinien für die Flohmärkte haben von den Zuständigkeiten diese Aufteilung, wie ich sie jetzt zitiert habe (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Die Antwort zeigt mir ja auch, wie zerklüftet das ganze Behördenwesen ist, die Zuständigkeiten aus den einzelnen Fachbereichen. Faktum ist, dass es die Probleme gibt und dass anscheinend diese Vorgangsweise nicht zielführend ist, um diese Sorge, diese möglichen Gefahren, aber auch diese Ungleichbehandlung der Händler oder der Produzenten wirklich aus der Welt zu schaffen. Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die Frage: Was werden Sie in Ihren Möglichkeiten beitragen, dass es hier zu wirklich gleichen

Verkaufsbedingungen kommt, die wirklich Qualität, Frische, aber auch die Herkunft entsprechend sicherstellt, nämlich abseits der Bauernmärkte, sondern auf den Flohmärkten, weil das anscheinend als Bypass benutzt wird, um eben nicht auf den Bauernmärkten, wo eben dieses strenge Reglementarium unter Beziehung auch der Landwirtschaftskammer gilt, dass dieses freie Vakuum, dieses rechtliche Vakuum hier auf den Flohmärkten anscheinend sehr gerne genützt wird von den ausländischen Händlern, um hier ihre Waren zu veräußern.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich sehe die dramatische Wettbewerbssituation nicht, weil der Bürger, die Bürgerin, der Konsument, die Konsumentin geht auf den Bauernmarkt, hat dort die Garantie über Herkunft, Qualität und eben auch die Garantie, dass das aus heimischer Landwirtschaft ist. Geht jemand am Sonntag, am Samstag, wann auch immer, auf einen solchen Flohmarkt und kauft sich dort Gemüse, geht er davon aus, muss davon ausgehen, dass das keine heimische Qualität ist und nicht diesen Kriterien unterliegt, das ist auch, sage ich durchaus, in der Verantwortung des Einzelnen, was er kauft. Was anderes ist natürlich, wenn es um hygienische Fragen geht, wenn es um gesundheitsbedenkliche Fragen geht, das ist aber nicht die Frage, die an mich zu richten ist. Bitte das zu respektieren. Ich denke mir, sollte es gelingen, auch diese Flohmärkte innerhalb einer Marktordnung zu reglementieren, könnten hier andere Maßstäbe angesetzt werden. Aber ein Händler wird immer ein Händler bleiben und wenn er ein Händler ist, wird von uns immer nur die Gewerbeberechtigung zu prüfen sein, aber nicht jetzt ganz speziell die Herkunft und andere Fragen nämlich der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung, der Finanz, allenfalls auch polizeiliche Fragen sind eben von jenen Institutionen dann zu prüfen, das, denke ich mir, in diese Richtung müsste weitergearbeitet werden (*Applaus ÖVP*).

6) Kreisverkehr für die Kreuzung Petrifelder Straße - Neufeldweg

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Im Bereich des Neufeldweges, der Petrifelder Straße, das ist der Bereich südöstlich dieser Kreuzung ist eine rege Bautätigkeit der Firma Kohlbacher, ist dort stark beschäftigt, es werden 300 Wohnungen errichtet und die sind zum Teil schon bewohnt. Das hat zur Folge, dass dort zum ohnehin schon starken Verkehr, der jetzt schon herrscht, für die Zufahrt zu Interspar und Durchfahrt nach Liebenau und zur Autobahnauffahrt noch weiterer Verkehr hinzukommt.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben bei Beginn der Umbauarbeiten in der St.-Peter-Hauptstraße versprochen, dass nach Beendigung der Arbeiten in der St.-Peter-Hauptstraße Sie einen Kreisverkehr errichten lassen wollten.

Da die Arbeiten eben jetzt fertig sind und noch nichts feststellbar ist von einer Aktivität jetzt in der Petrifelder Straße, frage ich Sie daher ganz einfach:

Wann kommt der versprochene Kreisverkehr?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Werter Gemeinderat! Die Planungen für den Kreisverkehr sind natürlich längst fertig, allerdings sind wir dort nicht auf öffentlichem Gebiet und deswegen gibt es dort Grundstücke, die wir inzwischen schon einlösen konnten und Grundstücke, die noch immer nicht eingelöst werden konnten. Ich kann dort nichts errichten, solange wir nicht alle Grundstücke, die notwendig sind, in unserem Eigentum haben. Es wird weiterverhandelt, aber es sind nicht alle Eigentümer so schnell und bereit, uns diese Grundstücke zu überlassen, wie wir uns das gerne

wünschen würden. Allerdings haben wir das, was wir tun können, natürlich sofort oder letztes Jahr umgesetzt. Das war die Errichtung des Gehsteiges, um einen sicheren Zugang zur Haltestelle einmal zu gewährleisten, das heißt, auf unserem Grund die Möglichkeiten haben wir umgesetzt, das, was wir noch einlösen müssen, wird weiterverhandelt von der entsprechenden Liegenschaftsabteilung und wenn wir das haben, steht dieser Umsetzung nichts mehr im Wege, aber ich kann nicht sagen, wann wir da fertig sind. Grundstücksverhandlungen ziehen sich leider oft über einige Zeit, wie Sie sicher wissen (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhardt**: Wenn es dann zur Durchführung des Projektes kommt, spätestens dann oder erwünscht wäre auch früher, da hat der Gerhard Spath schon vor einem Jahr eine Anfrage gestellt, wird dann auch die Petrifelder Straße zwischen Marburger Straße und dieser Kreuzung auch saniert?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich weiß, dass diese Sanierung in der Prioritätenliste im Bereich Stadtraum Straße ganz oben steht, es wird gerade versucht, Mittel so zusammenzustellen, um diese Straßensanierungsprojekte auch wirklich umsetzen zu können, da hatten wir entsprechende Gespräche, die noch nicht ganz fertig sind, aber ich weiß, dass es in der Prioritätenliste ganz oben steht. Derzeit sind die Mittel nicht da, aber wir versuchen da eine Lösung zu finden, dass im Jahr 2013 diese Maßnahme auch finanzierbar und darstellbar ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es wurde so vereinbart, weil der Herr Stadtrat Grossmann heute erkrankt ist, dass die Frage stellvertretend die Frau Dr.ⁱⁿ Schröck beantworten wird.

GR. **Baumann**: Es wird ja wohl eine Stellungnahme vom Stadtrat geben, die Frage habe ich extra lange ausgeführt, damit sie auch schriftlich ergeht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, mir wurde da anderes berichtet, dann kann man die Frage bitte nicht stellen und aus dem Grund werden wir sie dann schriftlich beantworten.

GR. **Baumann**: Ich habe mit der Magistratsdirektion darüber gesprochen, dass es für jedes Stadtsenatsmitglied auch eine Vertretung gibt, die solche Fragen zu beantworten hat. Ich bitte da um eine Klärung diesbezüglich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nur wenn die Frau Stadträtin Dr.ⁱⁿ Schröck nicht verständigt wurde, hat sie jetzt auch die Unterlagen nicht und deswegen wird die Antwort wahrscheinlich auch nicht erfüllend sein.

7) Gesamtbetrachtung: Darlehensverträge Haus Graz

GR. Ing. **Lohr** stellt an StR. Dipl.-Ing. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr verehrte Damen und Herren von den Zusehern, sehr geehrter Herr Stadtrat! Auf der öffentlichen Tagesordnung, ich muss dazusagen, es geht hierbei um die Darlehensverträge im Haus Graz, findet sich unter

Punkt sieben ein Stück für die haushaltsplanmäßige Vorsorge in der Höhe von 20 Millionen Euro in der ordentlichen Gebarung 2012.

Hierin wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht, dass die Landeshypothekenbank Steiermark nach vorangegangener Kündigung drei Darlehen fällig gestellt hat, weshalb nun seitens der Stadt Graz eine entsprechende haushaltsplanmäßige Darstellung nachgeholt werden muss.

Neben dem konkreten Fall muss hier gerade die generelle Situation betrachtet werden. In Darlehensverträgen behalten sich Kreditinstitute regelmäßig einseitige Rechtsakte vor, die den Vertragspartner, in dem Fall die Stadt Graz, unter Zugzwang bringen. Vor allem bei langfristigen Verträgen können Kreditinstitute Änderungen wesentlicher Vertragsbestandteile erschreckend einfach vornehmen.

In einem ersten Schritt wird für ein Darlehen eine deutliche Margenerhöhung ausgesprochen. Für den Fall der Nichtannahme wird sodann - entweder unter Einhaltung der Kündigungsfrist oder unter Berufung auf die Generalklausel- die Fälligkeit ausgesprochen.

Dem Beispiel der Landeshypothekenbank Steiermark könnten also andere Kreditinstitute folgen. Eine Gesamtbeurteilung aller Darlehen der Stadt Graz und ihrer Beteiligungen sollte daher von gesteigerter Bedeutung sein. Bestimmt können kundige Personen die relevanten Informationen der Darstellung der Zinsrisiko- und Finanzierungsstrategie für das Jahr 2012 komplikationslos entnehmen.

Daher bin ich zuversichtlich, dass die Beantwortung meiner nachfolgenden Anfrage für Sie ein Leichtes sein wird. Es ergeht somit im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Welche Darlehensverträge der Stadt Graz beziehungsweise des Hauses Graz sind im Sinne des Motivenberichtes hinsichtlich allfälliger Umstrukturierungsangebote der beteiligten Kreditinstitute oder hinsichtlich drohender Fälligkeiten näher zu betrachten (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Ihre Zuversicht war berechtigt. Ich habe die Finanzdirektion gebeten, das schriftlich zu beantworten und darf Ihnen die Antwort vorlesen: Grundsätzlich werden permanent alle Darlehensverträge im städtischen Treasury-System verwaltet und in periodischen Abständen jedenfalls zu den Zinszahlungsterminen einer aktualisierten Überprüfung der Konditionen unterzogen. Genauso wie die Banken nach Ausbruch der Finanzkrise 2008 verstärkt versuchen, Kredit-Margen anzuheben, war es der Stadt Graz in den Jahren davor gelungen, die Kredit-Margen auf ein absolutes Minimalniveau zu drücken. Bei bestehenden langfristigen Darlehensverträgen hängt es primär von der vertraglichen Ausgestaltung der Kündigungsklausel im Einzelfall ab, inwieweit diesbezügliche Bestrebungen von Darlehensgeber oder Darlehensnehmer mehr oder weniger rasch umgesetzt werden können. Kündigungsklauseln sind bei uns in aller Regel beidseitig formuliert und daher nicht vom vorneherein als gut oder schlecht einzustufen. In bestimmten Fällen jedoch eine vorzeitige Rückführungsmöglichkeit von Darlehen kann auch durchaus in vielen Situationen wichtig für die Stadt sein. Ein einseitiger Kündigungsverzicht des Darlehensgebers, also der Banken in der Regel, ist ebenfalls möglich, kostet aber natürlich eine erhöhte Ausgangsmarge. Eine weitere Rolle spielen die allgemeinen Geschäftsbedingungen, die in bestimmten Fällen geänderter Marktumstände eine Anpassung der Margen nach der Judikatur ebenfalls wiederum in beide Richtungen erlauben können, ohne dass das Druckmittel der Kündigung hier eingesetzt werden müsste. Bislang sind die Banken mit diesem Instrumentarium allerdings sehr vorsichtig umgegangen und es haben die Interessensvertretungen der Städte und Gemeinden diesbezüglich eine koordinierte Rolle eingenommen, welche

extreme Auseinandersetzungen bisher erfolgreich verhindern konnte. Das derzeitige Marktzinsniveau, und zwar sowohl lang- als auch kurzfristig, ist seit 2008 wesentlich stärker gefallen, als die Margen für Neufinanzierungen von Gemeinden generell im gleichen Zeitraum gestiegen sind. Die Gesamtverzinsungskosten sind somit trotz dieser Entwicklung der Bank machen auf ein bisher nicht gekanntes Niedrigstniveau. Dennoch werden seitens der Finanzdirektion den Darlehensgebern hinsichtlich Margenanhebung für Altdarlehen keinerlei Zugeständnisse ohne vorherige Zustimmung des Gemeinderates gemacht (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Danke für die Antwort. Sie haben es ja selbst gesagt, es ist ein wichtiges Thema, wo ja Gefahr auf die Stadt Graz zukommen kann, wenn hier öfter einseitig gekündigt wird. Die Stadt Graz natürlich auch als Beispiel für die Privatkunden, weil wenn man gegenüber der Stadt so auftritt, ist das ja auch ein Leichtes gegenüber den Kunden. Eine Frage hätte ich dann schon. Konkret kann man das nicht an Zahlen festmachen, was uns da sozusagen drohen kann, welche Kredite sozusagen fällig gestellt werden können in nächster Zukunft?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich kann das nur nochmals wiederholen, ich habe die Fälligkeitstermine derzeit nicht im Kopf. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Bedingungen immer wieder überprüft werden. Und ich wollte nur einem Punkt von Ihnen widersprechen, bitte die Situation mit der Hypobank nicht falsch darstellen. Die Hypobank hat einseitig die Margen erhöht, das haben wir uns eben nicht gefallen lassen, sondern wir haben den Kredit zurückbezahlt und uns um einen viel günstigeren Zinssatz auf dem kurzfristigen Markt eingedeckt. Wir lassen uns das nicht gefallen, Herr Lohr, Sie haben das auch im Motivenbericht falsch dargestellt, sondern wenn eine Bank nicht bereit ist, mit uns zu verhandeln, sodass wir auf einen

Aufschlag bekommen, der aus unserer Sicht heute nicht gerechtfertigt ist, dann zahlen wir die Schuld zurück und wir nehmen uns über günstigere Bedingungen eine andere Schuld auf. Das möchte ich schon gerne festhalten (*Applaus ÖVP*).

8) Argenotstraße: Straßensperre

GR. Mag. **Korschelt** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Es geht wieder einmal um die Argenotstraße im Bezirk Waltendorf. In den letzten zwei Jahren wurde diese Straße dreimal auf länger gesperrt, einmal wegen Sanierung, einmal aus meiner Sicht wegen einer sinnlosen Verkehrsbehinderung und jetzt vor nicht allzu langer Zeit wird wieder die Brücke saniert.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, nachfolgende

Frage:

Warum wird in dieser Angelegenheit nicht koordiniert vorgegangen beziehungsweise sind in nächster Zukunft noch weitere Sperren an dieser Örtlichkeit zu erwarten (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Herr Gemeinderat! Die Argenotstraße wurde zweimal gesperrt, einmal für die Straßensanierung und einmal jetzt für die Sanierung der Brücke. Sie kennen, denke ich mir, dort das Gebiet. Es ist eine Sanierung, die man nur in zwei Schritten machen kann, denn für die Sanierung der Straße war es notwendig, den

Baustellenverkehr über die Brücke abzuwickeln, weil die sonst über die Rudolfstraße sehr belastet und nur teilweise gar nicht durchführbar gewesen wäre. Deswegen war von vorneherein klar, dass die Sanierung der Straße zuerst erfolgt und wenn die fertig ist, dann die Brücke saniert wird, die eben auch dringlich zu sanieren war. Für die Verlangsamungsmaßnahmen, die getroffen wurden, gab es keine Straßensperre.

GR. Mag. **Korschelt**: Die Zusatzfrage ergibt sich aus der Hauptfrage. Ist in weiterer Folge noch mit irgendwelchen Sperrern zu rechnen oder ist das die nächsten fünf oder sechs Jahre genug?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Meines Wissens sind jetzt die Straße und die Brücke dann saniert und weitere Bauarbeiten stehen meines Wissens dort in den nächsten Jahren nicht an (*Applaus Grüne*).

9) Neuer Standort LUV

GR.ⁱⁿ **Jahn** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Frage geht es, wie schon öfter mal hier im Gemeinderat, wieder einmal um den LUV. Leider, wie wir alle wissen, ist das Standortproblem vom LUV im Bezirk immer noch nicht gelöst und die Lage spitzt sich zunehmend zu, es gibt sehr, sehr viele Jugendmannschaften mit hunderten von Kindern und Jugendlichen, natürlich auch die Kampfmannschaften. Wir kennen alle das Ortsproblem, wir wissen auch alle, dass die Stadt Graz da immer sehr positiv, sehr

wohlgesonnen dem LUV gegenüber aufgetreten ist und sehr stark unterstützt hat sowohl die einzelnen hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen wie auch das Sportamt. Tatsächlich war der Herr Sportdirektor letzte Woche bei uns im Büro und hat uns mitgeteilt, dass es weitere Verhandlungsrunden geben soll, einerseits mit dem Land Steiermark mit dem zuständigen Landesrat Seitinger, weil wie wir ja alle wissen, es geht um die Flächen beim Grottenhof, und andererseits wurde uns auch mitgeteilt, dass es sozusagen neue Gespräche geben soll mit der Stadt Graz, mit dem Herrn Bürgermeister und mit dem Sportressort. Wir haben natürlich unsere Unterstützung zugesagt, so wie wir das auch im Gemeinderat schon öfter gemacht haben und haben auch versprochen, hier heute noch einmal nachzufragen, ob es etwas Neues bezüglich Standortproblematik des LUV gibt und dementsprechend auch meine

Frage:

Welche Ergebnisse gibt es aus den aktuellen Verhandlungen der Stadt mit dem Land Steiermark bezüglich eines neuen Standortes für den LUV (*Applaus Grüne*)?

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 14.10 Uhr den Vorsitz.

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Liebe Frau Klubobfrau! Leider gibt es eigentlich nichts Neues zu berichten, nach wie vor sind wir auf der Suche nach einem rund 30.000 m² großen Grundstück, wo ich dazusagen muss, das können wir nicht überall suchen. Wir können das nur im Nahbereich des jetzigen Sportplatzes, der jetzigen Sportanlage suchen, wir können ja den Verein nicht einfach transferieren, sagen, ihr paar hundert Leute geht einfach in einen anderen Bezirk. Es gäbe ja so ein Grundstück, das wissen

wir auch alle, im Nahbereich, auch mit öffentlichen Verkehrsmittel bestens erschlossen, würde sich wirklich super eignen, nur ist das genau auf dem Areal der landwirtschaftlichen Fachschule und die Fachleute dort vor Ort sagen, wir brauchen diese 30.000 m² für unseren biologischen Anbau. Das ist jetzt der aktuelle Stand. Viele Versuche der Schule, alternativen Flächen anzubieten im Nahbereich der Schule haben zu keinem positiven Abschluss geführt, das heißt, sie waren nicht akzeptabel für die Schule offensichtlich. Ich werde trotzdem da nicht lockerlassen, immer wieder das Gespräch suchen sowohl auf Verwaltungsebene, was ja auch unser Sportamtsleiter Gerhard Peinhaupt macht, aber auch auf politischer Ebene, ob es nicht tatsächlich einmal zu einem Durchbruch in dieser Frage kommt. Ich denke, dass das Grundstück, das LUV im Auge hat, tatsächlich bestens geeignet ist und es müsste doch eine Lösung geben, dass auch die Schule eine geeignete Ersatzfläche für diese 30.000 m² bekommt, womit beiden gedient wäre. Aber in dieser Periode werden wir es nicht schaffen, das ist, glaube ich, sicher, aber ich gehe davon aus, dass man es gleich in der neuen Periode, wer auch immer, angehen wird und dass man sicher einmal zu einem Abschlusse kommen. Es wäre dringend notwendig, du hast es angesprochen. Der Verein leistet sowohl in der Jugendarbeit als auch im Erwachsenenbereich als auch im Mädchenfußball und Frauenfußball hervorragende Arbeit und wir müssen gemeinsam alles daran setzen, dass wir zu einer Lösung kommen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Zuerst einmal vielen Dank für die Unterstützung in diese Sache. Ich hoffe, meine NachfolgerInnen im sportpolitischen Bereich werden das Thema ähnlich engagiert weitertragen in die nächste Periode. Eine Frage habe ich noch und zwar, es war ja auch so, und da weiß ich den aktuellen Stand nicht, es war ja zwischenzeitlich auch so, dass Teile der Jugendmannschaften auch am Kasernengrund trainieren konnten und das hätte mich interessiert, hat das irgendeine Zukunftsperspektive, gibt es dort eine Möglichkeit, was die Fläche betrifft oder war das halt wirklich nur eine

Verlegenheitslösung und sozusagen müsste Stadt oder Land tatsächlich komplett andere Flächen suchen oder gäbe es dort noch Möglichkeiten?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Kann ich jetzt abschließend beantworten, zumal diese Zwischenlösung offensichtlich auf Initiative des Vereines selbst zustande kam. Wir waren hier nicht eingebunden, also es geht auch ohne uns, wie man sieht. Aber ich werde gerne diese Frage aufgreifen, um mit dem Verein, aber auch mit dem Grundeigentümer, da zu schauen oder zumindest temporär das weiterhin nutzen kann. Danke für den Hinweis (*Applaus ÖVP*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.12 Uhr den Vorsitz.

**10) Schörgelgasse (zwischen Brockmannngasse und Dietrichsteinplatz);
Einbahnstraße**

GR.ⁱⁿ **Benedik** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei meiner Frage geht es um eine Verkehrsfrage, und zwar um die Schörgelgasse, die vor kurzem zur Einbahnstraße in einem Teilbereich wurde. Die Schörgelgasse – im Bereich zwischen Brockmannngasse und Dietrichsteinplatz – wurde vor einigen Tagen als Einbahnstraße verordnet.

Dies verursacht in Hauptverkehrszeiten einen unendlichen Stau im Bereich Dietrichsteinplatz/Sparbersbachgasse bis hin zur Mandellstraße. In der Mandellstraße zwischen Sparbersbachgasse und Petersgasse steht zu Spitzenzeiten der ganze Verkehr.

Schuld ist der oben erwähnte Teilbereich der Schörgelgasse. Zuvor konnten jene Autofahrer, die zur Petersgasse wollten, vom Dietrichsteinplatz in die Schörgelgasse einbiegen. Gegenwärtig aber müssen Kraftfahrzeuglenker über die Sparbersbachgasse, das ist dort eine Ampelkreuzung, in die Mandellstraße einbiegen, welche hoffnungslos verstaут ist.

Aus diesem Grund richte ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, folgende

F r a g e :

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer politischen Zuständigkeit mit den zuständigen Stellen des Magistrates in Kontakt zu treten, um eine Rückverordnung der im Betreff angeführten Einbahnführung in der Schörgelgasse abzuändern, zumal das verbleibende Teilstück der Schörgelgasse, von der Brockmannngasse zur Petersgasse, in beide Richtungen offen ist?

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.15 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Frau Gemeinderätin! Die Kreuzung Schörgelgasse/Brockmannngasse war ein Unfallschwerpunkt, es hat übrigens eine Analyse gegeben in den letzten Jahren, in verschiedenen Bereichen Schwerpunkte

herauszufiltern, wo es viele Unfälle gibt, um dann unterschiedliche Maßnahmen zu setzen. Das war einer der Unfallschwerpunkte, wobei in dieser Sache auch in vielen unterschiedlichen Konstellationen mit Experten in der Verkehrssicherheit eingehend diskutiert wurde. Festgestellt wurde an dieser Stelle, dass sich das hauptsächlich Unfallgeschehen als rechtwinkelige Kollisionen dargestellt hat. Dies waren hauptsächlich die Fahrrichtungen Brockmann-gasse in Richtung Süden und Schörgel-gasse in Richtung Osten. Es wurde daher, um eine dieser Fahrbeziehungen herausnehmen zu können, die jetzt vorhandene Einbahnregelung der Schörgel-gasse von der Brockmann-gasse in Richtung Westen zum Dietrichsteinplatz hin verfügt, wobei von dieser Einbahnführung der Radverkehr ausgenommen ist. Diese Verkehrslösung hat auch den Vorteil, dass der Umgehungsverkehr vom Dietrichsteinplatz zur Petersgasse, werden Sie sich erinnern, über diesen Kreuzungsbereich in der Schörgel-gasse damit zum Teil mit sehr, und das ist auch gemessen worden, überhöhten Geschwindigkeiten abgewickelt wurde, nicht mehr möglich ist und die Verkehrssicherheit für diese Kreuzung damit deutlich gehoben werden konnte. Sie wissen, dass dadurch, dass dort die TU ist, auch viel Wechsel mit dem Sacre Coeur, viel Wechsel von Personen zu Fuß und mit dem Fahrrad ist und insgesamt das eine ziemlich „heiße“ Stelle war, und das ist jetzt tatsächlich entschärft worden. Das heißt, es wird nicht zurückgenommen.

GR.ⁱⁿ **Benedik:** Ich wollte nur dazu sagen, ich wohne dort seit fast nun 60 Jahren und das ist wirklich widersinnig, weil vom Bereich der Dietrichsteinplatz waren gar nie so viele Autos, die dort abgebogen sind. Aber dennoch sind diese Autos, die dort abbiegen jetzt zu Spitzenzeiten, verursachen die wirklich einen immensen Stau, besonders in der Mandellstraße, wo zwei Busse entgegenkommen und die können oft nicht einmal aneinander vorbei. Besonders, muss ich sagen, stelle ich das fest in der Früh. Also das ist wirklich ein totales Chaos dort und ich denke mir, dass man

diese Staubbildung könnte man auflösen dort. Es ist ja auch dann ein Feinstaubproblem, wenn dort nichts mehr weitergeht und die Fahrzeuge stehen dort.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Frau Gemeinderätin, Sie sprechen ja ein klassisches Problem an, das wir in verschiedenen Bereichen schon besprochen haben und diskutieren immer wieder. Das eine ist, dass es Nebenstraßen gibt, die im 30er-Straßennetz sind und eigentlich nicht dafür geeignet sind, dass dort Schleichverkehr und Durchzugsverkehr entsteht. Das Problem, das grundsätzlich besteht, ist, dass wir auf den übergeordneten Straßen, was die Mandellstraße dort ist, inzwischen so viel Verkehr haben und wenn dieser Schleichverkehr eben umgeleitet wird und auf die dafür vorgesehenen Straßen, dass wir dann wirklich an die Grenzen kommen. Das ist ein Faktum, das stimmt, das werde ich auch nicht in Abrede stellen, aber wir können ja nicht davon ausgehen, dass man deswegen, weil wir auf den übergeordneten Straßen anstehen, zunehmend zulassen, dass die Straßen, die dafür nicht geeignet sind, weder von der Bauart noch dafür, was sie für eine Qualität haben können, auch für die Menschen, die dort eben anders unterwegs sind, dass man da eine Überlastung einfach zulässt und die ganze Zeit diese Verlagerung. Irgendwann steht man immer an und noch etwas. Eine Neuregelung verursacht am Anfang immer eine Umstellungsphase, das wissen wir, das haben wir in vielen Bereichen auch gesehen. Nach einer Zeit gewöhnen sich die Menschen dran und versuchen wie die Ameisen, wie wir es wissen, in der Stadt wieder ihre neuen Wege zu fahren. In dem Fall war es wirklich eine Sicherheitsmaßnahme aufgrund von tatsächlichen Unfällen, die in einem überhöhten Ausmaß im Verhältnis zu anderen Kreuzungen dort stattgefunden haben und wir mussten reagieren. Das ist ganz klar, dass man solche Unfallpunkte immer wieder entschärfen muss und das haben wir getan (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Für das Protokoll möchte ich noch einmal anmerken, dass die Fragen 7, 9 und 10, die Herrn Stadtrat Michael Grossmann heute gestellt hätten werden sollen, dass diese jetzt nicht beantwortet werden konnten, weil er erkrankt ist. Bitte dann beim nächsten Mal.